

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

11.12.2015

Ausschussbetreuender Fachbereich

Fachbereich 5 Jugend und Soziales

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Sitzung am Donnerstag, 26.11.2015**

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:53 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1** **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

- 2** **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

- 3** **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 27.10.2015 - öffentlicher Teil**
0507/2015

- 4** **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1 Frauenpolitische Informationen**
0506/2015
- 6 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 7 Verlängerung der Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW für den öffentlichen Raum**
0509/2015
- 8 Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes: Weiterführung des "Ex-Azubitreff" durch die GL Service gGmbH**
0471/2015
- 9 Entsendung von Integrationsratsmitgliedern in Ausschüsse**
0473/2015
- 10 Fortführung der Mädchen- und Frauengruppe "Power-Frauen" der Initiative 180°-Wende**
0482/2015
- 11 Haushaltsplanberatungen des Doppelhaushaltes 2016/2017 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen**
0505/2015
- 12 Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge**
0439/2015
- 13 Anträge der Fraktionen**
- 13.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 21.09.2015 (eingegangen am 05.10.2015) zur Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge**
0499/2015
- 13.2 Antrag des Integrationsratsmitglieds Frank Samirae vom 05.10.2015 "Schwimmunterricht für Flüchtlinge"**
- 14 Anfragen der Ausschussmitglieder**

N Nicht öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

2 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

3 Mitteilungen des Bürgermeisters

4 Anträge der Fraktionen

5 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 6. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode, begrüßt alle Anwesenden, besonders Herrn Koppe von der Verwaltung als Nachfolger von Herrn Kuhlen. Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Tschorny bezieht sich auf „TOP 10 Ergänzungen der Zielvereinbarungen nach § 5 des Behindertengleichstellungsgesetzes“ und führt aus, dass er nicht vollständig zitiert worden sei. Neben der Begründung, dass die Behindertenbeauftragte entlastet werden solle, habe er auch angegeben, dass Dokumente in leichter Sprache auch deshalb an alle Bürger auf Anforderung herausgegeben werden sollten, weil das möglichst niedrigschwellig sein solle und keiner sich outen müsse, dass er evtl. geistig behindert sei oder Ähnliches und dass nicht eine Art Stigmatisierung stattfinde. Das fehle in der Niederschrift. Herr Tschorny bittet die Tonbandaufnahme zu überprüfen und die Niederschrift zu korrigieren.

Die Vorsitzende sagt die Überprüfung und ggf. Korrektur durch die Schriftführerin zu.

Korrektur (fett) des Beitrags von Herrn Tschorny nach Überprüfung der Tonbandaufnahme:

Herr Tschorny spricht sich für Fraktion DIE LINKE. für den Beschlussvorschlag aus und macht einen Änderungsvorschlag. Zur Entlastung der Behindertenbeauftragten solle ihr nicht die Anforderung eines Dokuments in leichter Sprache zur bedarfsgerechten Notwendigkeitsprüfung vorgelegt werden, **sondern es solle niedrigschwelliger angeboten werden ohne Prüfung, ob jemand eine geistige Behinderung habe und dessen bedürfe, sondern es solle den Bürgern auf Anforderung zugestanden werden.**

Mit dieser Änderung nehmen die Ausschussmitglieder die Niederschrift zustimmend zur Kenntnis.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 27.10.2015 - öffentlicher Teil 0507/2015

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Schmickler berichtet von den Ergebnissen des "Runden Tisches Bezahlbarer Wohnraum". Das Thema sei aktueller denn je. Es sei nicht nur die Unterbringung einer erheblichen Anzahl von Flüchtlingen zu bewerkstelligen, sondern nach wie vor sei das Angebot an preiswertem Wohnraum in Bergisch Gladbach ein sehr knappes Gut und werde es auch bleiben.

Herr Schmickler führt aus, die vom ASWDG festgehaltenen Punkte seien in die verschiedenen Institutionen einschließlich der eigenen Verwaltung eingespeist worden. Die erbetene Neuterminierung des Runden Tisches nach einem Jahr sei wegen der vielen in der Adventszeit anstehenden Termine für den Januar 2016 geplant.

Herr Schmickler gibt vorab einen Sachstandbericht zu den 10 vom Ausschuss festgelegten Empfehlungen:

1. Überprüfung der städtischen Wohnbaulandpolitik einschließlich der Rolle des Stadtentwicklungsbetriebes (SEB) vor dem Hintergrund der regionalen Entwicklungen im Rahmen des neuen Flächennutzungsplanes

Die Wohnbaupolitik sei ein großes Thema, das insbesondere im Zusammenhang mit dem Flächennutzungsplan eingebracht werde. Die Verwaltung habe über den Wohnbauflächenbedarf inklusive dessen, was durch den Flüchtlingsstrom und durch ansonsten prognostizierten Bevölkerungszuwachs in Bergisch Gladbach in den letzten Tagen geschehen sei, mit der Bezirksregierung ausführlich gesprochen. Es sei strategisch eine einheitliche gemeinsame Linie gefunden worden. Die Rolle des Stadtentwicklungsbetriebes sei sinnvollerweise zu definieren, wenn die Leitungsstelle im nächsten Jahr neu besetzt sei. Im zweiten Schritt sei wichtig, ob der Stadtentwicklungsbetrieb die entsprechenden finanziellen Mittel dafür zur Verfügung habe.

2. Konzept zur regelmäßigen Information von Vermietern über Marktentwicklungen, Fördermöglichkeiten im Bestand sowie beim Neubau und (neue) bauliche Anforderungen

Es handele sich um eine Aufgabe des Rheinisch-Bergischen Kreises, der der Verwaltung mitgeteilt habe, dass es aus der Erfahrung heraus keine Defizite gebe. Gerade im Moment gebe es umfangreiche Informationen vom Städte- und Gemeindebund über gerade geänderte Fördermöglichkeiten, so dass aus seiner Sicht ein zusätzliches Informationsangebot nicht erforderlich sei.

3. Angemessene Festsetzung von Mehrfamilienhäusern sowie von Bereichen für ge-förderten Wohnungsbau und Mehrgenerationenwohnen in neuen Bebauungsplänen

Herr Schmickler bestätigt, das Thema sei mit der Stadtplanungsabteilung abgestimmt. Immer, wenn ein Bebauungsplan anstehe, der sich städtebaulich eigne, werde das Thema berücksichtigt. Es gebe im Moment eine Reihe von großen Feldern wie das Köttgen-Gelände und das Cox-Gelände. Auch in der Rahmenplanung Stadtmitte werde sicherlich eine ganze Menge dieser Bauform entstehen können.

4. Fortführung der Baulückenbörse, insbesondere hinsichtlich der Beratung der jeweiligen Eigentümer

Die Baulückenbörse werde weiter betrieben, auch wenn die Erfahrung lehre, dass der gesamte Markt in Bergisch Gladbach ziemlich leergefegt sei.

5. Einrichtung einer „Altbaubörse“

Die Altbaubörse befinde sich in der Vorbereitung. Ähnlich der Baulückenbörse sei der Markt aber durch die momentane Wohnungsnachfrage und Baugrundstücksnachfrage im Wesentlichen schon durch die markteigenen Kräfte ausgeschöpft.

6. Einrichtung einer Koordinierungsstelle zur Vermittlung von Ansprechpartnern bei sich abzeichnenden Mietkonflikten

Es gebe Mitarbeitende in der Verwaltung, die sich bei Bekanntwerden solcher Fälle darum kümmern. Für eine eigenständige Struktur im Sinne einer Beratungsstelle fehle jedoch das Personal.

7. Laufende Wohnungsmarktbeobachtung, insbesondere hinsichtlich nicht mehr konkurrenzfähiger „Altbestände“

Die Verwaltung werde die Bestände natürlich weiter beobachten. Bei der momentanen Marktlage sei die Entwicklung struktureller Probleme z.B. in Wohnsiedlungen eher nicht befürchten. Das sei auch die Position des Rheinisch-Bergischen Kreises.

8. Nutzung von Vorkaufsrechten zur Baulandgewinnung

Die Verwaltung übe Vorkaufsrechte zurzeit nur da aus, wo es um Gemeinbedarfsflächen, Erschließungsflächen u.Ä. gehe. Das sei Routine. Z.B. zugunsten einer stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft könne die Verwaltung das Vorkaufsrecht aber in wesentlich größerem Umfang nutzen. Bezüglich der Rolle des Stadtentwicklungsbetriebes, der Nutznießer solcher Dinge sein könne, gelte das unter Punkte 1 Gesagte. Voraussetzung bei der Ausübung der Vorkaufsrechte sei die zeitnahe tatsächliche Realisierung von Wohnungsbau. Wenn die Verwaltung dieses Instrument nutzen wolle, dann zugunsten eines handlungsfähigen Akteurs. Das könne auch eine stadteigene Gesellschaft sein.

9. Prüfung von Möglichkeiten der Nachverdichtung in Bebauungsplänen und bei Einzelprojekten

Es gelte dasselbe wie für Mehrfamilienhäuser (*s. Punkt 3*). Die Prüfung sei mit der Stadtplanung kommuniziert. Im Zusammenhang mit dem Flächennutzungsplan sei schon mal diskutiert worden, dass bei der Entstehung von Neubaufächen diese eine entsprechend hohe Verdichtung haben sollten, damit tatsächlich ÖPNV-Verkehr eingebunden werde und für solche Erschließungskonzepte funktioniere.

10. Prüfung von Modellen, die den Stellplatzbedarf durch Ausweisung bzw. Errichtung von Wohnungen für Bevölkerungsgruppen mit geringem PKW-Bestand sowie durch Kooperationen mit ÖPNV-Anbietern oder Carsharing-Organisationen machhaltig reduzieren

Es gebe einen ganz konkreten mit Herrn Schmickler und allen anderen Beteiligten im Hause abgestimmten Vorschlag der Bauaufsicht, der in den letzten Tagen in erste politische Strukturen weitergegeben worden sei. Es sei anzunehmen, dass im Frühjahr des kommenden Jahres eine gemeinsame Lösung gefunden werden könne.

Frau Schlich stellt zunächst Herrn Koppe als neuen Abteilungsleiter der Abteilung „Soziale Förderung“ vor, nachdem Herr Kuhlen als vorheriger Abteilungsleiter in die Taskforce zur Gewinnung von Wohnraum abgeordnet worden ist. Herr Koppe sei neuer Ansprechpartner des Ausschusses und werde häufiger in den Sitzungen anwesend sein.

Frau Schlich berichtet vom Filmfestival Nahaufnahme, das unter Beteiligung des Integrationsrates, des Seniorenbeirates bzw. Seniorenkinos stattgefunden habe. Das Thema Zuwanderung sei in diesen Filmen sehr intensiv beleuchtet worden. Im Laufe der Veranstaltungswoche hätten sich 620 Besucherinnen und Besucher auf die unterschiedlichen Filme verteilt. Ebenfalls themenbezogene Puppenspiele im Puppenpavillon seien von ca. 380 Kindern besucht worden.

Dies sei eine sehr schöne Bilanz.

Zum Thema Flüchtlingsbetreuung gibt Frau Schlich die aktuellen Zahlen bekannt. In allen zur Verfügung stehenden Objekten seien insgesamt 1.292 Menschen untergebracht. Für den 27.11.

seien weitere 26 Flüchtlinge, für den 30.11. 15 Flüchtlinge und für den 1.12. weitere 15 Flüchtlinge angekündigt. Die Verwaltung erwarte pro Woche mindestens 50 Menschen im Rahmen der Regelzuweisung.

Frau Schlich berichtet, die Fertigstellung der Unterkunft in Katterbach laufe. Nach Beendigung der Arbeiten könnten 400 Menschen dort untergebracht werden. Bis dahin sollten wegen der schnellen Fluktuation in den beiden Erstaufnahmeeinrichtungen dort frei werdende Plätze mit Menschen belegt werden, die im Rahmen der Regelzuweisung kämen, interimswise sollten auch wenige Male Menschen in der Feldstraße oder in Sand untergebracht werden. Dies sei mit dem DRK abgestimmt.

Frau Schlich informiert, dass die Unbegleiteten Minderjährigen Asylsuchenden (*UMAs*) durch die Erstaufnahmen in Bergisch Gladbach immer stärker an Bedeutung gewinnen.

In der vergangenen Woche seien in einem Bus 48 Flüchtlinge, davon 30 Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge, in Bergisch Gladbach angekommen. Das zeige auch, dass sie an anderen Stellen durchgewunken worden seien, andernfalls hätten sie in Obhut genommen werden müssen.

Derzeit habe die Verwaltung keine andere Möglichkeit, als *UMAs* in einer Erstaufnahmeeinrichtung unterzubringen. Bei paralleler Unterbringung von Verwandten versuche die Verwaltung, diesen Menschen das Zusammenbleiben zu ermöglichen. In den Heimen oder anderen Einrichtungen gebe es so gut wie keine Kapazitäten mehr.

Die Verwaltung habe eine Informationsveranstaltung für Menschen gemacht, die gerne Pflegeeltern für Flüchtlinge würden. Darüber hinaus liefen Gespräche mit verschiedenen Trägern, ob dort Kapazitäten ausgeweitet werden könnten. Die Bandbreite werde immer größer, aber letztendlich sei die Entwicklung immer schneller die Verwaltung hinterherkommen könne. Frau Schlich drückt ihre Dankbarkeit darüber aus, dass immer wieder neues Personal eingestellt werden könne, aber im Grunde werde durch die schnelle Entwicklung immer wieder neues Personal gebraucht. Auch die Koordination der ehrenamtlichen Tätigkeiten sei in dieser Zeit kaum zu erledigen.

Die Verwaltung sei dabei, so berichtet Frau Schlich weiter, die Unterkunft an der IGP in Paffrath fertigzustellen. Nach kürzlich gelesenen Veröffentlichungen werde für 2016 ein Flüchtlingszustrom von einer halben Million für NRW prognostiziert. Unter der Prämisse, dass diese Schätzungen tatsächlich zuträfen, bedeute dies für Bergisch Gladbach 2.500 Menschen zusätzlich. Es werde immer schwieriger, die Unterbringung vernünftig zu bewältigen, aber die Verwaltung arbeite unentwegt daran.

Die Vorsitzende bedankt sich und hofft, dass der Fachbereich 5 auch weiterhin den hohen Anforderungen standhält.

Frau Münzer fragt angesichts der dramatisch ansteigenden Zahlen nach der Anzahl der *UMAs*.

Frau Schlich antwortet, ursprünglich sei je 5.000 Einwohner einer Stadt die Zuweisung eines unbegleiteten Minderjährigen festgelegt worden. Diese Zahl habe sich aufgrund der steigenden Flüchtlingsanzahl in der Weise geändert, dass nun ein *UMA* pro 1.760 Einwohner zugewiesen werden könne. Dies seien für Bergisch Gladbach etwa 70 Personen. Tatsächlich betreut seien aber mehr Personen. Das liegt auch an den Gegebenheiten der Erstaufnahme, wie oben geschildert. Die Verwaltung nehme die *UMAs* in Obhut und erfülle deren Schutzbedürfnis. Viele blieben 2-3 Wochen und würden später auf andere Kommunen verteilt.

Frau Holz-Schöttler fragt nach dem Erfolg der Informationsveranstaltung für potentielle Pflegefamilien.

Frau Schlich berichtet, die Veranstaltung sei sehr gut besucht gewesen. Im Vergleich zu Köln mit 50 Pflegefamilien habe Bergisch Gladbach nun mehr als 10 Pflegefamilien. Darüber hinaus gebe es immer wieder Anfragen von Interessierten.

Herr Dr. Bernhauser fragt, ob denjenigen, die nicht als Pflegefamilie tätig sein könnten, eine Patenschaft empfohlen werden könne. Es sei eine sinnvolle Aufgabe, Besuchskontakte und eine Unterstützung im Alltag zu übernehmen.

Frau Schlich findet die Idee gut und kündigt an, sie weiterzugeben und zu besprechen.

Frau Koshofer richtet ihr Lob für den immensen und guten Arbeitseinsatz an Frau Schlich und Herrn Koppe. Sie fragt, ob es vom Land oder vom Kreis bereits Schriften gebe, die Flüchtlinge unterrichteten, dass unsere Gesellschaft multikulturell und frei lebe und freiheitliche Grundwerte die Basis seien. Frau Koshofer würde es begrüßen, wenn man mit den Menschen hierüber ins Gespräch kommen könne.

Herr Koppe berichtet, die Verwaltung leite über die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter verschiedene Flugblätter der Bezirksregierung in englischer, französischer und arabischer Sprache an die Flüchtlinge weiter. Darin enthalten seien Beschreibungen von Verhaltensregeln und von kulturellen Besonderheiten dieses Landes. Auch das Deutsche Rote Kreuz versuche, soweit es die Einrichtungen betreibe, Kultur zu vermitteln. Des Weiteren gebe es Deutschkurse, die wahrgenommen würden.

Frau Bähler-Sarembe plädiert angesichts der im kommenden Jahr möglicherweise zu erwartenden 2.500 Flüchtlinge dafür, dass schnellstmöglich der Wohnungsbau in der Stadt gefördert bzw. der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft angetragen werde, für Wohnraum zu sorgen. Auch eine eigene Wohnungsbaugesellschaft sei zu überdenken.

Frau Schlich stimmt dieser Aussage zu, auch wenn es sich bei der Zuwachsprognose von 2.500 um geschätzte Zahlen handele. Bergisch Gladbach werde in der kommenden Woche die 1.300er-Schwelle im Rahmen der Regelzuweisung überschreiten. Einige Menschen seien bereits in Wohnungen untergebracht, für andere werde noch Wohnraum benötigt. Diesen Andrang könne der Wohnungsmarkt vermutlich nicht so einfach aufnehmen.

Die Vorsitzende hält vorausschauende Planung für dringend erforderlich. Es dürften keine Ghettos gebildet werden und die Menschen sollten sich hier wohlfühlen.

5.1. Frauenpolitische Informationen *0506/2015*

Frau Holz-Schöttler bedankt sich für die zusammengetragenen Informationen und ist im Zusammenhang mit dem Thema Flüchtlinge daran interessiert, ob es Angebote für Flüchtlingsfrauen gebe.

Frau Fahner berichtet, sie habe sich besonders darüber gefreut, dass auf ihre Anregung das Thema „Keine Gewalt gegen Frauen“ als Weiterbildung für die ehrenamtlich Arbeitenden von der Caritas aufgenommen wird. Zur Konzeption des Moduls wird Frau Fahner eine Arbeitsgruppe mit beratenden Fachleuten bilden, die in den Flüchtlingsunterkünften arbeiten. Es ist ein Input geplant, welche Rolle und welche Rechte Frauen in Deutschland haben, das Thema Hilfsmöglichkeiten für traumatisierte Frauen soll aufgegriffen werden und das Thema, wie im Falle von Gewalt und Belästigungen gehandelt werden kann.

Frau Fahner informiert abschließend, „Frauen helfen Frauen“ werde dieses Modul bei der Ehrenamtler-Schulung der Caritas voraussichtlich übernehmen.

Die Broschüre „Für'n Appel und 'n Ei“, so informiert Frau Fahner, werde auf Anregung von Herrn Dr. Bernhauser in der letzten Ausschusssitzung freundlicherweise von Frau Hirner ins Französische übersetzt.

Als weiteres Angebot plane Finte Bündnis für Fraueninteressen eine Art Nachmittagscafé kontinuierlich für Flüchtlingsfrauen anzubieten. Zurzeit liefen diesbezüglich Gespräche mit dem Café Leichtsinn.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen.

Frau Koshofer heißt die von Frau Fahner vorgetragene Angebote gut, besonders die frühzeitige Information für Flüchtlingsfrauen, welche Chancen sie in unserem Land hätten.

Frau Holz-Schöttler bedankt sich, auch bei den beteiligten Gruppen, für die Angebote und für den behutsamen Umgang mit dem Thema.

Frau Münzer regt an, eine im März geplante Babysitterausbildung für Flüchtlingsmädchen und -jungen in der Weise in das geplante Nachmittagscafé einzubeziehen, dass zumindest die kleineren Kinder der Flüchtlingsfrauen beaufsichtigt werden könnten.

6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Die Vorsitzende weist auf die auf den Plätzen ausliegende genehmigte Niederschrift der Sitzung des Integrationsrates am 20.10.2015 und darauf hin, dass Herr Bartoszewicz als Mitglied des Integrationsrates zurückgetreten und deshalb nicht anwesend sei.

Frau Schlich berichtet, die letzte Sitzung des Integrationsrats sei ein wenig tumultartig verlaufen und am Ende habe Herr Bartoszewicz seinen Rücktritt von allen Ämtern in Verbindung mit dem Integrationsrat erklärt. Frau Schlich bedauert dies.

Frau Münzer führt ergänzend aus, sie sei auch Mitglied im Integrationsrat und es sei bedauerlich, dass so ein guter, fähiger Mann wie Herr Bartoszewicz sein Amt niedergelegt habe. Sie könne es aber sehr gut verstehen. Die Sitzungen dauerten teilweise länger als die Ratssitzungen. Es gebe Mitglieder, die durch Anträge, Fragen und wiederholtes Nachhaken in einer teilweise sehr provozierenden Art die Arbeit schwer machten. Unter den aus der CDU stammenden Integrationsratsmitgliedern gebe es viel Unmut und Überlegungen, wie mit diesem unerträglich gewordenen Zustand umzugehen sei.

Herr Dr. Bernhauser merkt an, die Beiräte seien in besonderer Weise an den ASWDG angedockt, weshalb der Ausschuss daran interessiert sein müsse, dass in den Beiräten eine konstruktive und sachliche Arbeit stattfinde. Herr Dr. Bernhauser äußert sich sehr betroffen über die Schwierigkeiten im Integrationsrat. Dieser dürfe nicht zum Schauplatz spätpubertärer Schaukämpfe werden. Damit verhöhne man nicht nur die anderen Mitglieder des Beirates, sondern auch die Wähler, die diesen Mitgliedern ihre Stimme gegeben hätten. Herr Dr. Bernhauser bittet, in den Beiräten darauf hinzuwirken und dies auch weiterzugeben, dass jedes Mitglied dazu beitragen müsse, dass konstruktiv und sachlich im Interesse derjenigen, die sie verträten, gearbeitet werden müsse. Auch innerhalb der Fraktionen werde über eine Verbesserung der Arbeit gerade im Integrationsrat gesprochen werden müssen. Auf keinen Fall könne man es zulassen, dass Experten in der Sache, z.B. in den Fragen der Migration und Integration, frustriert ihre Mitarbeit aufkündigten. Dies sei ein Verlust für den Beirat, aber auch für die Integrationsarbeit in der gesamten Stadt.

Frau Heidberg-Schwettmann führt ergänzend insbesondere zu der letzten Integrationsratssitzung aus, dass der Integrationsrat inzwischen ein Schaulaufen einiger Weniger sei. Diese bombardierten die Verwaltung mit sinnfreien Anträgen. In einer Sitzung sei ein zweites Mal über einen Antrag abgestimmt worden, weil diese Abstimmung irgendjemand nicht gepasst habe. Frau Heidberg-Schwettmann berichtet, wegen dieser Zustände sei sie in der letzten Sitzung aufgestanden und gegangen. In erster Linie sei es Herr Samirae, der Anträge stelle, die von vorneherein schon gar nicht umgesetzt werden könnten. Als Beispiel nennt Frau Heidberg-Schwettmann den Schwimmunterricht, für den es gar keine Flächen gebe. Sie schlägt vor, sich zusammzusetzen und zu überlegen, wie man weiter mit der Situation im Integrationsrat umgehe, damit dort eine vernünftige Arbeit stattfinde.

Frau Koshofer findet es außerordentlich bedauerlich, dass Herr Bartoszewicz, der als Fachmann eine wichtige Person sei, sein Amt im Integrationsrat niedergelegt habe. Dies sei ein absolutes Symbol. So gehe es nicht, vielmehr solle „Demokratie“ geübt werden.

Frau Holz-Schöttler berichtet, in der SPD-Fraktion sei das Thema genauso diskutiert worden. Die Integrationsarbeit sei ohnehin wegen des Aufeinandertreffens verschiedener Kulturen und möglicher Sprachmissverständnisse mühselig. Der Integrationsrat sei dafür gedacht, dass hier Austausch und Integration stattfinden könne. Auch Frau Holz-Schöttler sieht die ASWDG-Mitglieder in der Verantwortung gemeinsam zu überlegen, wie es mit dem Integrationsrat weitergehe. Sie schlägt vor, mit Herrn Samirae über die Problematik zu sprechen.

Herr Weber bestätigt, seine Fraktion sehe das genauso. Herr Weber berichtet aus der letzten Sitzung des Integrationsrates. Er bedauert die Entwicklung, die Herrn Bartoszewicz zur Niederlegung seines Amtes veranlasst hat. Sicher gehe es in diesem Zusammenhang besonders um Herrn Samirae, grundsätzlich sei aber auch das Zusammentreffen unterschiedlicher Charaktere im Integrationsrat nach seiner Auffassung sehr problematisch.

Die Vorsitzende appelliert an die Ausschussmitglieder, auf eine gemeinsame Lösung hinzuwirken.

Frau Schlich glaubt, das größte Problem liege ein Stück weit darin, dass zum Teil aneinander vorbeidiskutiert und nicht - bis zu Ende - zugehört werde und auch bewusst Dinge falsch verstanden würden. Frau Schlich schildert beispielhaft eine Situation aus der letzten Integrationsratssitzung. Wenn noch hinzukomme, so ergänzt Frau Schlich, dass Mitglieder sich das ihnen durch den Vorsitzenden entzogene Wort nicht entziehen ließen, sei das tatsächlich bedauerlich. Frau Schlich begrüßt die Überlegung, die Situation als Chance zu begreifen und nach Lösungen für eine bessere gemeinsame Arbeit zu suchen.

Herr Dr. Bernhauser macht darauf aufmerksam, dass der Integrationsrat ein pflichtiger Rat sei und dort aktuell ganz große Aufgaben wie die anwachsende Zahl von Flüchtlingen gemeinsam anzugehen und zu bewältigen seien. Man könne es sich nicht leisten, dass der Integrationsrat sich mit sich selbst beschäftige. Herr Dr. Bernhauser führt weiter aus, wenn offenbar vordringlich ein bestimmter gewählter Vertreter der Bürgerinnen und Bürger einen solch respektlosen Umgang mit anderen gewählten Vertretern an den Tag lege, müsse ein solches Verhalten über eine Ehrenordnung sanktioniert werden können.

Frau Koshofer schlägt vor, Herr Urbach oder der ASWDG könne Herrn Samirae einbestellen, um mit ihm in Ruhe über die Problematik zu reden.

Die Vorsitzende greift die vorgeschlagenen Lösungsansätze noch einmal auf und stellt fest, dass in dieser Sitzung keine Lösung gefunden werden könne. Der Ausschuss sei aber nun über den Sachstand in Kenntnis gesetzt. Sie bittet darum, bis zur nächsten Sitzung in den Fraktionen zu

beraten, wie man vielleicht eine Änderung herbeiführen könne. Der Bürgermeister solle angesprochen werden, und notfalls müsse auch im Rat darüber diskutiert werden.

7. **Verlängerung der Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW für den öffentlichen Raum**
0509/2015

Die Vorsitzende liest den Beschlussvorschlag der Verwaltung vor.

Frau Schlich merkt an, es handele sich um die zeitlich angepasste Fortführung der bereits vorliegenden Vereinbarung. Sie könne nur empfehlen, der Beschlussempfehlung für den Rat zuzustimmen, damit die Vereinbarung im nächsten Jahr in Kraft treten könne.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann beschließt einstimmig folgende **Beschlussempfehlung** für die beratenden Ausschüsse und den Rat:

Der der Vorlage beigefügten Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW zwischen dem Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Bergisch Gladbach wird zugestimmt.

8. **Verwendung finanzieller Mittel zur Umsetzung des Integrationskonzeptes: Weiterführung des "Ex-Azubitreff" durch die GL Service gGmbH**
0471/2015

Frau Schlich bezieht sich auf den in der letzten Sitzung vorgelegten Bericht zu diesem langjährigen Projekt. Der Integrationsrat habe dem Beschlussvorschlag in seiner letzten Sitzung zugestimmt.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der geplanten Weiterführung des Projektes im Jahr 2016 durch die GL Service gGmbH mit finanzieller Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach in Höhe von 22.900 € wird vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zugestimmt.

9. **Entsendung von Integrationsratsmitgliedern in Ausschüsse**
0473/2015

Herr Dr. Bernhauser stellt angesichts der Turbulenzen im Integrationsrat den **Antrag**,

den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Die Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasst einstimmig bei Enthaltung der Stimme der Faktion DIE LINKE. folgenden **Beschluss**:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

10. Fortführung der Mädchen- und Frauengruppe "Power-Frauen" der Initiative 180°-Wende *0482/2015*

Frau Schlich bezieht sich auf den Vortrag der 180 Grad Wende in der letzten Sitzung. Aus Sicht der Verwaltung sei es ein gutes Projekt, zu dessen Fortführung es zu empfehlen sei, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Sie informiert, dass Frau Fahner als Gleichstellungsbeauftragte künftig in die Überlegungen einbezogen werde.

Frau Koshofer führt für ihre Fraktion an, auch sie halte das Projekt für sehr wichtig. Frau Koshofer begrüßt Frau Fahners Beteiligung.

Herr Tschorny schließt sich dem Vortrag an, dass das Frauenbüro die Inhalte prüfen und daran mitarbeiten solle. Darüber hinaus habe die Fraktion DIE LINKE. die Vorstellung, dass, wenn während des bisherigen Prozesses der Arbeit mit der Zielgruppe sich herausstelle, dass das Angebot auch von einer darüber hinausgehenden Zielgruppe, also der über 30-jährigen Frauen, angenommen werde, im Rahmen der Konzeptfortschreibung nichts dagegenspräche, sich mit dem Konzept und dem Angebot an die Bedarfe der Zielgruppe anzupassen, so wie es auch im Vortrag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der 180 Grad Wende in der letzten ASWDG-Sitzung vorgeschlagen worden sei. Darüber hinaus sei es aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. auch völlig normal, dass in einem solchen offenen Angebot auch Gespräche vertraulicher Art mit Beratungssituationen entstünden, die aufgrund der berufsrechtlichen Schweigepflicht auch einen Rückzugsort wie ein Beratungsbüro erforderten. Auch darauf hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hingewiesen und dass sie für ein solches Büro gerne die Mittel hätten. Die Fraktion DIE LINKE. halte dies für eine sehr wichtige Angelegenheit, auch in der Hinsicht, dass festgestellt wurde, dass die Thematik des offenen Angebotes auch in die Richtung der Radikalisierungsprävention gehe. Anders als die Verwaltung in der Beschlussvorlage sehe es die Fraktion DIE LINKE. so, dass es entsprechende spezialisierte Beratungsangebote zur Radikalisierungsprävention in Bergisch Gladbach noch nicht gebe. Herr Tschorny führt weiter aus, angesichts der sich auch auf die Kommunen niederschlagenden Lage von Rekrutierung nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen für radikale Maßnahmen im Ausland halte er das Beratungsangebot von bekannten und bewährten, fachkundigen Beratern und Beraterinnen für eine sehr wichtige Sache.

Frau Schlich führt dazu aus, dass ein Dazukommen von über 30jährigen Frauen bekanntlich akzeptiert werde, obwohl ganz bewusst die Zielgruppe der 15-30Jährige festgelegt worden sei. Darüber hinaus sei die Verwaltung nicht der Auffassung, dass es noch eines weiteren stationären Angebotes im Wohnpark Bockenberg bedürfe. Es gebe dort unterschiedliche Strukturen, die alle seitens der Stadt finanziert oder cofinanziert würden und eine sehr gute Arbeit leisteten. Speziell zur Frage der Radikalisierungs- bzw. Extremismusprävention sei die Verwaltung der Auffassung, dass sie im Rahmen eines Angebotes für eine Frauen- und Mädchengruppe nicht richtig angesiedelt sei. Anderweitig müsse man aber grundsätzlich darüber diskutieren, ob man eine solche Maßnahme in Bergisch Gladbach brauche.

Die Vorsitzende erinnert daran, dass der Ausschuss in der letzten Sitzung damit einverstanden war, das vorliegende Konzept so zu belassen und im nächsten Jahr über ein neues Konzept zu sprechen.

Frau Koshofer schließt sich Frau Schlichs und Frau Holtzmanns Redebeiträgen an. Sie ergänzt, es sollten keine Schnittmengen erzeugt werden.

Frau Holz-Schöttler begrüßt Frau Fahnerts Beteiligung und schließt sich im übrigen Frau Schlichs Beitrag zur Finanzierung des vorliegenden Konzepts an.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Fortführung der Mädchen- und Frauengruppe „Power-Frauen“ der Initiative 180°-Wende wird begrüßt.

Für die Fortführung des Angebotes wird für das Jahr 2016 vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel ein Zuschuss in Höhe von 6.000 € zur Verfügung gestellt.

11. **Haushaltsplanberatungen des Doppelhaushaltes 2016/2017 der in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Produktgruppen 0505/2015**

Frau Holz-Schöttler berichtet, dass ihre Fraktion in den vorgelegten Haushalten keine Problematik sehe. Sie fragt, ob Gelder für Ehrenamtliche für Materialbeschaffung vorgesehen seien.

Frau Münzer berichtet, im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit seien die Zuwendungen verschiedener Institutionen und der Kirche sowie private Spenden immer ausreichend für notwendige Anschaffungen.

Frau Schlich informiert, Mittel für die Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit seien nicht vorgesehen. Es handele sich um freiwillige Leistungen. Bisher gelinge es tatsächlich sehr gut, durch Spenden unterschiedlichster Organisationen, immer wieder Dinge anschaffen zu können. Daneben erhalte die Stadt auch Naturalspenden. Frau Schlich weist auf die bis Ende Januar laufende Aktion der Bethe-Stiftung hin, im Rahmen der Flüchtlingshilfe gezahlte Spenden zu verdoppeln. Sie appelliert an die Ausschussmitglieder, die Werbetrommel zu rühren, damit möglichst viele Spenden durch die Bethe-Stiftung verdoppelt werden könnten. Die Stadtverwaltung könne auf diesen Topf zurückgreifen.

Auf Nachfrage von Frau Holz-Schöttler berichtet Frau Schlich, auf der Homepage der Stadt seien alle für eine Spendenzahlung erforderlichen Daten hinterlegt. Frau Münzer ergänzt, auch Frau Linnenbrink habe sämtliche Informationen für eine Spendenzahlung.

Frau Koshofer berichtet vom Projekt „Kunst tut gut“. Mit den erzielten Einnahmen von fast 6.000 € solle ein interkultureller Garten auf dem Lübbegelände angelegt werden. Frau Koshofer hofft, dass die Bethe-Stiftung auch dieses Geld verdopple.

Herr Dr. Bernhauser freut sich darüber, dass nicht nur das ehrenamtliche Engagement, sondern auch die Spendenbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger relativ hoch sei. Der Kinderschutzbund habe ein Extra-Spendenkonto für Flüchtlingskinder. Dort gingen nahezu täglich kleinere und größere Beträge ein. Vor allen Dingen würden daraus so genannte Schulpakete für Flüchtlingskinder angeschafft. Zudem werde am Übergangwohnheim an der Gierather Straße in Duckterath ein Spielplatz errichtet. Es gebe also eine sehr hohe Bereitschaft, auch finanziell Unterstützungen zu leisten. Herr Dr. Bernhauser resümiert, dies sei wirklich ein tolles Signal in Bergisch Gladbach und man könne stolz darauf sein, in dieser Stadt Stadtverordneter zu sein.

Die Vorsitzende bedankt sich und möchte über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen lassen.

Herr Weber führt an, dass in seiner Fraktion die Haushaltsberatungen noch anstünden und er sich deshalb enthalten müsse.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Haushaltsvorlage ohne Beschlussempfehlung zur Kenntnis zu nehmen und lässt hierüber abstimmen.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig bei Enthaltung des von der AFD-Fraktion benannten Ausschussmitgliedes folgenden **Beschluss**:

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann nimmt die Vorlage ohne Beschlussempfehlung für den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat zur Kenntnis.

12. Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge 0439/2015

Die Vorsitzende merkt an, die Vorlage sei noch in der Bearbeitung durch die Verwaltung. Sie weist auf TOP 13.1 mit der gleichen Thematik hin und schlägt vor, die Tagesordnungspunkte zu verschieben.

Frau Schlich informiert, die Vorlage sei noch nicht erstellt worden, weil eine ganze Reihe von Fragen offen seien. Es gebe einige Vorteile, die die Gesundheitskarte mit sich bringe. Die Verwaltung sehe diese in der Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und natürlich auch der besseren Möglichkeiten für die Flüchtlinge. Auf der anderen Seite sei ein möglicherweise kaum aufzufangender Kostenaufwand zu sehen. Grundsätzlich gebe es die Rahmenvereinbarung, nach der die Stadt jedes Quartal erneut beitreten könne, und somit nicht das Problem, die Gesundheitskarte irgendwann nicht mehr einführen zu können. Der an der Erstellung der Rahmenvereinbarung beteiligte Städte- und Gemeindebund vertreten die Auffassung, der von den Krankenkassen veranschlagte Kostenbeitrag von 8 % sei zu teuer. Es seien 5 % vorgeschlagen worden, was sich aber mit den Krankenkassen nicht verhandeln ließe. Letztlich entscheide jede Kommune selbst, ob sie der Rahmenvereinbarung beitreten wolle oder nicht. Es gebe noch nicht viele Städte, die positiv entschieden hätten. Auf jeden Fall solle die Entwicklung nach einem Jahr evaluiert und die Verhandlung mit den Krankenkassen auf ein Neues geführt werden, um den Kostenbeitrag möglicherweise zu senken.

Auch gebe es Diskussionen um die Leistungen aufgrund der Gesundheitskarte. Ein Asylbegehrender habe lediglich Anspruch auf Krankenhilfe im akuten Krankheitsfall. Möglicherweise könne aber die Prüfung, ob es sich um einen solchen handle, beim Einsatz der Gesundheitskarte vor Ort nicht durchgeführt werden.

Frau Schlich kündigt an, vor einer Entscheidung über die Umsetzbarkeit wolle die Verwaltung noch ausgiebiger recherchieren und dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen eine detaillierte Vorlage zur Entscheidung vorlegen.

Frau Holz-Schöttler berichtet, ihre Fraktion habe das Thema beraten und finde die Einführung der Gesundheitskarte im Grundsatz gut. Andererseits könne sie durchaus nachvollziehen, dass vorab die Kosten genauer ermittelt werden müssten. Aus einer Sitzung im Jugendhilfeausschuss beim Städte- und Gemeindebund wisse sie, dass die meisten Kommunen sich wegen des hohen Kostenbeitrags von 8 % noch nicht für die Gesundheitskarte entschieden hätten.

Frau Holz-Schöttler hat keine Bedenken, das Thema noch drei Monate zu schieben.

13. Anträge der Fraktionen

13.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 21.09.2015 (eingegangen am 05.10.2015) zur Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge 0499/2015

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

13.2. Antrag des Integrationsratsmitglieds Frank Samirae vom 05.10.2015 "Schwimmunterricht für Flüchtlinge"

Die Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass der Antrag mit einer Ergänzung im Integrationsrat beschlossen wurde.

Frau Schlich berichtet aus der Sitzung des Integrationsrates, dass der Antrag nach sehr kontroverser Diskussion beschlossen worden sei. Im Vorfeld habe die Verwaltung mit der Bäder GmbH, mit dem DLRG und mit Schwimmvereinen gesprochen, die das Ansinnen zwar begrüßt, aber keine Wasserflächen zur Verfügung hätten. Bei regulären Schwimmkursen lägen die Wartezeiten bei zwei Jahren. Frau Schlich berichtet weiter, Herr Samirae habe sie informiert, dass er mit der Splash GmbH & Co. KG in Kürten Kontakt aufgenommen und dort ein Angebot „Schwimmunterricht für Flüchtlinge“ erhalten habe in Höhe von 99 € pro Kind und 119 € pro Erwachsener für jeweils 10 Unterrichtsstunden à 45 Minuten. Des Weiteren habe Herr Samirae Kontakt aufgenommen mit Ehrenamtlern, die in Schildgen die Flüchtlinge in „Haus Pohle“ betreuten und erfahren, dass die sehr interessierten erwachsenen Flüchtlinge bereits eine Erwachsenengruppe füllen könnten. Auch die Organisation des Fahrdienstes mit Ehrenamtlern solle kein Problem sein. Frau Schlich erkennt Herrn Samirae's hohes Engagement für das Zustandekommen der Schwimmkurse an. Im Integrationsrat sei u.a. ergänzend beschlossen worden, dass auch sozial schwache Deutsche an den Schwimmkursen teilnehmen könnten. Mangels verfügbarer Listen sei diese Zielgruppe von der Verwaltung nur über Aushänge über das Angebot zu informieren.

In seinem Ursprungsantrag, so berichtet Frau Schlich weiter, habe Herr Samirae Kosten von 9.200 € ermittelt. Wenn die im Integrationsrat ergänzend beschlossene Schutzgebühr von 10 € je Teilnehmer/-in abgezogen würden, beliefen sich die Kosten noch auf 8.340 €. Das Budget des Integrationsrates vorbehaltlich des Beschlusses des Haushaltes belief sich auf 50.000 €. Davon seien 22.900 € an den Ex-Azubi-Treff vergeben und 6.000 € an die 180 Grad Wende, so dass noch 21.100 € übrigblieben. Man könne die Schwimmkurse also daraus finanzieren.

Frau Münzer berichtet aus ihrer ehrenamtlichen Arbeit in Moitzfeld von einer Abfrage, nach der die Männer bereits über Schwimmkenntnisse verfügten. Für Kinder gebe es regelmäßig Angebote zur Schwimmerlernung, z.B. in den Sommerferien und in den Herbstferien auch ganz speziell einen Kurs für Flüchtlinge, an dem auch einige Kinder teilgenommen hätten. Es gebe also immer mal wieder kostenlose Angebote. Frau Münzer sieht im Falle eines Schwimmkurses in Kürten eine Kostenproblematik hinsichtlich der Fahrten. Auch ließen die Eltern ihre Kinder nicht so ohne Weiteres alleine dorthin fahren.

Frau Holz-Schöttler erkennt den hohen Arbeitsaufwand, den Herr Samirae geleistet habe, an. Allerdings würde sie den Antrag allein unter dem sozialen Aspekt ablehnen. Ihre Idee sei andererseits, Mittel aus dem Integrationsrat in Höhe von 2.000 oder 3.000 € zur Seite zu legen für den Fall, dass jemand ernsthaft die Teilnahme an einem Kurs zur Schwimmerlernung wünsche. Eine andere Möglichkeit sei, dem Kinderschutzbund einen Betrag für alle hier lebenden Familien zur Verfügung zu stellen, aus dem auf Anfrage ein Schwimmerlern-Kurs gezahlt werden könne.

Herr Weber gibt für den Fall der Bereitstellung von Mitteln zu bedenken, dass es viele andere Sportarten gebe, in denen möglicherweise besser Integrationsarbeit geleistet werden könne. Eine Diskussion über solche Dinge komme im Integrationsrat aber gar nicht erst auf, weil sich einer eine Sache in den Kopf gesetzt habe und sie durchziehen wolle.

Frau Heidberg-Schwettmann schließt sich dem an und schlägt ergänzend vor, einen Zuschuss zu geben, wenn jemand einem Schwimmverein beitreten wolle, weil dort wirklich Integration stattfinden könne. Allein einen Kurs für Flüchtlinge einzurichten, halte sie für völlig neben der Sache.

Herr Aydinlioglu merkt an, Integration fange nicht im Schwimmbad, sondern mit der deutschen Sprache an. Er wolle das Geld lieber für Deutschkurse investieren.

Frau Koshofer hält die Verwendung von übrigen Geldern aus dem Budget des Integrationsrats angebracht für Schwimmkurse oder ähnliche Dinge.

Herr Dr. Bernhauser kündigt an, die CDU-Fraktion werde den Antrag aus den vielen vorgetragenen Argumenten heraus ablehnen.

Die Vorsitzende lässt über nachfolgenden, im Integrationsrat ergänzten Antrag abstimmen.

Der Antragsteller beantragt in Zusammenarbeit mit den Schwimmvereinen Schwimmkurse für Flüchtlinge anzubieten. Es sollen pro Jahr vorerst 4 Kurse zu je 15 Personen angeboten werden. Die Kosten sollen aus Mitteln des Integrationskonzeptes übernommen werden.

(Zusatzpunkte aus der Sitzung des Integrationsrates vom 19.11.2015:)

- **Die Anmeldungen erfolgen über Wartelisten, sofern vorhanden.**
- **Dabei werden Deutsche und Menschen mit Migrationshintergrund in integrierten Kursen gemischt.**
- **Außerdem soll eine Schutzgebühr von 10 € verlangt werden.**

Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Holz-Schöttler hat eine Anfrage zur Raumkapazität für Kinderbetreuung im Hermann-Löns-Viertel. Frau Schlich bittet die Anfrage zuständigkeitshalber im Jugendhilfeausschuss zu stellen.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.50 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

N Nicht öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

2. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Es gibt keine Mitteilungen.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

5. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende bedankt sich für die gute Zusammenarbeit, wünscht allen einen schönen Abend und schließt die Sitzung um 18.53 Uhr.

gez.:

Petra Holtzmann
Ausschussvorsitzende

gez.:

Gitta Schablack
Schriftführerin